

Presseinformation

Kiel, den 18.7.2008

Es gilt das gesprochene Wort

Anke Spoorendonk

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

**TOP 20 Abschaffung der Regionalschulen und rechtliche
Gleichstellung der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen
Drs. 16/2162**

Als Ende Januar 2007 das neue Schulgesetz im Landtag verabschiedet wurde, hob ich für den SSW hervor, dass dieses Gesetz ohne Zweifel die Schullandschaft in Schleswig-Holstein nachhaltig verändern würde. Wenn man bedenkt, wie die ungeteilte Schule im Landtagswahlkampf noch gerade zu verteuft wurde, dann hatte sich mit der Einführung von Gemeinschafts- und Regionalschulen insbesondere die CDU bewegt. – Und laut Aussagen Ihres Fraktionsvorsitzenden wird sie sich weiter bewegen müssen. Daher ohne Polemik: Wenn man in CDU-Pressemitteilungen aus Nordrhein-Westfalen oder Berlin von der Gemeinschaftsschule als Mittelmaß-Schule oder als Sackgasse liest, kann man ermessen, was sich hier in Schleswig-Holstein in den Köpfen getan hat.

Anders herum ist die Einführung der Regionalschulen ein Beispiel dafür, dass ein politischer Kompromiss nicht immer zum Wohle der Betroffenen ist. Für den SSW war zumindest von Anfang an klar, dass die Regionalschule in eine Sackgasse führt – und genau dies belegen ja auch die Anmeldezahlen. Sehr viele Eltern wählten die Gemeinschaftsschule für ihre Kinder, denn moderne

Gemeinschaftsschulen bieten ihren Schülerinnen und Schülern individuelle Förderung und ein reiches soziales Leben. Und genau das wollen Eltern offensichtlich für ihre Kinder. Bei der NDR-Umfrage vor den Kommunalwahlen im Mai fanden 60% der Befragten die Regionalschulen eher nicht so gut; nur jeder Dritte im Land gab zu dieser Schulform ein positives Urteil ab.

Vor diesem Hintergrund ist es nahe liegend, die Schulstruktur in Schleswig-Holstein wieder aufzuschnüren. Das würde ohne Zweifel zu mehr Transparenz führen und den Eltern die schwierige Entscheidungsfindung bei der Schulwahl für ihre Kinder wesentlich erleichtern. Dieses alles spricht für den vorliegenden Antrag von Bündnis90/Die Grünen. Hinzu kommt, dass sich Gemeinschafts- und Regionalschule im schulischen Alltag auch weiter einander angenähert haben. So nehmen Lehrkräfte beider Schularten an den gleichen Fortbildungsmaßnahmen teil, wie mir erzählt worden ist. Mit anderen Worten: Wenn man bedenkt, wie viel einfacher alles werden könnte bei der Zusammenführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen, dann spricht alles für und nichts gegen diesen Antrag.

Es sei denn, man würde bemängeln, dass es unzumutbar für die Betroffenen ist, nach den massiven Veränderungen des neuen Schulgesetzes – die sich noch immer in der Umsetzung befinden - jetzt wieder Strukturänderungen zu beschließen. Für so ein Argument hat der SSW großes Verständnis. Doch auch hierzu könnte gesagt werden: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Man könnte weiterhin anmerken, dass der Vorschlag der Grünen sich weitgehend mit den Vorstellungen deckt, die sich auch hinter den Anmeldezahlen verbergen. Denn richtig ist ja, dass auch die Anmeldezahlen des Gymnasiums 2007 gestiegen sind. Sie machen also das Rennen – gemeinsam mit der Gemeinschaftsschule.

Dennoch ist für den SSW der Antrag der Grünen inhaltlich eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Aus Sicht des SSW ist vorhersehbar, dass bei einer Zusammenführung von Regional –und Gemeinschaftsschulen letztlich die Ziele der Gemeinschaftsschule ins Hintertreffen geraten. Wir bekämen eine neue Art der Regionalschule dadurch gekennzeichnet, dass Kinder mit

Gymnasialempfehlung nach der 4. Klasse auf das Gymnasium überwechseln. Denn während die Gemeinschaftsschule per Definition eine Schule für alle sein soll, ist die Regionalschule es eben nicht. Und der Vorschlag der Grünen zementiert diese Trennung.

Der Antrag zementiert auch weiterhin, dass die Gymnasien in diesem Lande ein Eigenleben führen. Für sie gelten die Grundsätze der individuellen Förderung von Kindern anscheinend nur in dem Maße, wie sie in das Konzept des Gymnasiums hineinpassen. Wer sich für den gymnasialen Weg entscheidet, ist bekanntlich dorthin sortiert worden. Und da dem Grünen Antrag nicht zu entnehmen war, ob angedacht wird, die Grundschulzeit auf 6 Jahre zu verlängern, wird dies in gewohnter Weise mit der Orientierungsstufe nach der 4. Klasse geschehen.

Mit anderen Worten: Das Abitur des traditionellen Gymnasiums wird weiterhin den Kindern vorbehalten sein, die von einem Elternhaus mit Klavier kommen, wo am Mittagstisch schon mal die letzte Philosophieklausur auseinander genommen wird.

Für alle anderen Schulkinder wird es das Abitur an den Beruflichen Schulen oder an den Oberstufen der neuen Sekundarschulen geben. Daran ist erst einmal gar nichts einzuwenden. Das gleiche gilt für die zu organisierenden Oberstufenzentren. Diese Konstruktion beantwortet aber nicht die zentrale Frage, wie das Angebot der Oberstufe nachhaltig in der Fläche gesichert werden kann. Schon heute gibt es Anzeichen für einen stärker werdenden Wettbewerb zwischen verschiedenen gymnasialen Angeboten.

Soll heißen: Aus Sicht des SSW hat nur die Einrichtung von Oberstufenzentren eine wirklich Zukunft. Für den SSW steht somit fest, dass eine Schule für alle, eine Schule für alle sein muss. Wir wollen keine Hamburger Verhältnisse in Schleswig-Holstein. Wir wollen die ungeteilte Schule im ganzen Land einführen.

Es macht keinen Sinn, unseren Kindern die holprigen Bildungswege von vorgestern zuzumuten, wenn wir Ihnen auch eine moderne Bildungsautobahn in die Zukunft bauen können.